

Der Kampf um den ostdeutschen Stufentarifvertrag im Hennigsdorfer Elektrostahlwerk im Jahr 1993

Jakob Warnecke

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften in der ostdeutschen Transformation gehörte die Tarifpolitik. Die Aushandlung der ersten Tarifverträge in den neuen Bundesländern zielte auf eine Angleichung der Lebensbedingungen und sollte die absehbaren Folgen massenhafter Deindustrialisierung abfedern. Gleichzeitig sollte die Abwanderung ostdeutscher Arbeitskräfte verhindert und einer Niedriglohnkonkurrenz in den neuen Bundesländern entgegengewirkt werden (Artus 2018, S. 156).

Mit den Tarifverträgen, die im März 1991 für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie und die ostdeutsche Eisen- und Stahlindustrie abgeschlossen wurden, hatte die IG Metall einen Erfolg zu verbuchen. Sie vereinbarte darin die stufenweise Anpassung der tariflichen Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen auf 100 Prozent des westdeutschen Niveaus bis April 1994.

Im Jahr 1993 kündigten die Arbeitgeber diese Tarifverträge jedoch und weigerten sich, die stufenweise Erhöhung wie vereinbart fortzusetzen. Dies löste einen breit angelegten Streik in zahlreichen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie und der Eisen- und Stahlindustrie in Ostdeutschland und zahlreiche Proteste auch in der alten Bundesrepublik aus, wobei es aus gewerkschaftlicher Perspektive vor allem um die Verteidigung der Tarifautonomie selbst ging.

Der vorliegende Beitrag begibt sich in der Betrachtung des Streiks zur Verteidigung des Stufentarifvertrags in den neuen Bundesländern auf die Ebene des Betriebs und untersucht anhand des Stahlwerks Hennigsdorf, wie der Kampf um den Stufentarifvertrag dort vonstattenging. Welche Erfahrungen machten die Beteiligten? Wie deuteten sie die Auseinandersetzung? Welche spezifischen Ausprägungen gab es in Hennigsdorf und wie

hängen diese mit der seit 1989/90 gewandelten gewerkschaftlichen Praxis im Betrieb zusammen? Welche kurzfristigen und langfristigen Wirkungen hinterließ der Streik im Betrieb?

1. Hintergrund der Tarifvertragskündigung

Schon wenige Monate nach dem Abschluss der Tarifverträge im März 1991 sprachen sich führende Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Instrument einer Lohnöffnungsklausel aus. Teile der Bundesregierung, Vertreter:innen von CDU/CSU und FDP stützten diesen Vorstoß. Im Juni 1992 beauftragte die Bundesregierung den Bundesarbeitsminister, eine gesetzliche Öffnungsklausel vorzubereiten.

Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage glaubten die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie (Gesamtmittel) an die Gunst der Stunde, um eine Wende in der Tarifpolitik einleiten zu können (Hinke 2020, S. 644f.). Sie rechneten damit, dass angesichts der weitverbreiteten Sorge um den eigenen Arbeitsplatz keine sonderlich ausgeprägte Streikbereitschaft in den ostdeutschen Metall- und Elektrobetrieben zu erwarten sei (IG Metall 2023).

1992 machten die Arbeitgeber von der Revisionsklausel im Tarifvertrag Gebrauch und versuchten, die geplante Angleichung zu kippen, doch die Revisionsverhandlungen führten zu keiner Einigung. Die Metallarbeitgeber boten eine Lohnenerhöhung um lediglich neun Prozent an, was deutlich unter dem lag, was der Stufentarifvertrag vorsah. Außerdem forderten sie die Öffnung für betriebliche Sonderregelungen, was in den Augen der IG Metall letztlich eine Aushebelung des Stufentarifvertrags bedeutete, die die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen gefährdete. Schließlich scheiterte auch die beauftragte Schlichtung im Februar 1993 (Wentzel 2018, S. 171).

In der Folge kündigte der Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie am 18. Februar 1993 als erstes Mitglied von Gesamtmittel erstmalig in der deutschen Geschichte einen laufenden Tarifvertrag; weitere ostdeutsche Landesverbände von Gesamtmittel zogen nach (Hinke 2020, S. 37). Der Arbeitgeberverband Stahl, der sich mit der IG Metall seit Anfang des Jahres 1993 in Revisionsgesprächen befunden hatte, durchlief zu-

nächst ergebnislose Schlichtungsgespräche und kündigte zum 1. April 1993 den laufenden Tarifvertrag aus außerordentlichem Grund (IG Metall 2000, S. 11).

Für die Gewerkschaften bedeutete die Kündigung einen Angriff auf die Tarifautonomie. Sie befürchteten Entwicklungen, die auch die Standards in den alten Bundesländern aufweichen könnten. Die IG Metall beschloss, diese Entwicklungen mit einem Streik zu beantworten, den 90 Prozent der ostdeutschen IG-Metall-Mitglieder in einer Urabstimmung befürworteten.

Die IG Metall hielt auch deshalb am Stufenabkommen fest, weil sie ihre Glaubwürdigkeit und Gestaltungskraft gefährdet sah. Dies war umso dringlicher, als die Mitgliederzahlen, die mit der Einheit und der Übernahme der Mitglieder der ostdeutschen IG Metall ab 1991 noch in die Höhe geschossen waren, nun im Zuge der Deindustrialisierung und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit drastisch sanken. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) klinkte sich in den Kampf ein und organisierte die Aktion »Gegenwehr«, die auch die Beschäftigten in Westdeutschland in den Konflikt mit einbezog (IG Metall 2015, S. 13).

Diese Strategie beruhte nicht allein auf der strategischen Überlegung, sich in der Auseinandersetzung besonders breit aufzustellen. Zwischen 1992 und 1994 war die Volkswirtschaft der Bundesrepublik in eine Rezession geraten, die in den meisten Industriebranchen zu Betriebsschließungen, Personalabbau und Rationalisierungen führte.

1993 erlebte die deutsche Stahlindustrie einen schwerwiegenden Konjunktureinbruch. Die Kapazitätsauslastung sank von 90 Prozent im Jahr 1990 auf unter 79 Prozent im März 1993 und lag damit nah an den Krisen von 1974/75 und 1980/82 in Westdeutschland, in denen die Auslastung jeweils auf 76 Prozent zurückgegangen war. Es folgte ein umfangreicher Abbau von Arbeitsplätzen in der westdeutschen Stahlindustrie, etwa bei Krupp-Hoesch in Duisburg oder Saarstahl in Völklingen (Raphael 2019, S. 38). Am 26. März 1993 zogen 75.000 Stahlarbeiter:innen unter dem Motto »Feuer nach Bonn« in die Bundeshauptstadt, um gegen den Abbau ihrer Arbeitsplätze zu protestieren (IG Metall 1993, S. 108).

Die Krise betraf allerdings nicht nur die Bundesrepublik; europaweit schrieben die Stahlkonzerne im Jahr 1993 rote Zahlen. Die rückläufige Entwicklung in der Automobil- und Maschinenbauindustrie, die allgemein geringe Investitionstätigkeit sowie die schwache Konsumnachfrage zählten zu den Ursachen dieser Entwicklung (IG Metall 1993, S. 19).

2. Streikort Hennigsdorfer Elektrostahlwerk

Im Frühjahr 1993 hatte das Stahlwerk Hennigsdorf schon die wesentlichen Transformationen hinter sich. Der einstige Großbetrieb mit 8.000 Beschäftigten war im Zuge der Privatisierung durch die Treuhandanstalt zu einem Unternehmen mit etwa 1.000 Mitarbeiter:innen geschrumpft. Begleitet waren diese Prozesse von einer Reihe von Aushandlungen und Kämpfen gewerkschaftlicher Akteur:innen (Warnecke 2024).

Vom Herbst 1989 bis zur Jahreswende 1989/90, dem Zeitraum der »betrieblichen Wende«, zerfielen unter dem Druck der Belegschaft die alten politischen Machtstrukturen der betrieblichen Partei- und Massenorganisationen. Die bisherigen Gewerkschaftsstrukturen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) im Betrieb durchliefen einen Prozess der Selbstreformierung, der durch Neuwahlen vorangetrieben werden sollte, letztlich jedoch scheiterte. Eine aus der Belegschaft hervorgegangene Betriebsratsinitiative leitete Betriebsratswahlen ein, sodass der Betrieb wenige Wochen vor der deutschen Einheit einen Betriebsrat und einen gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper hatte.

Als die Treuhand 1991 plante, den Kern des Werkes mit nur einem kleinen Teil der Beschäftigten an den italienischen Investor Riva zu veräußern, regte sich Widerstand. Weil der Betriebsrat und die IG Metall die Interessen der Beschäftigten bei diesem Verkauf nur unzureichend berücksichtigt sahen, mobilisierten sie, um Mitsprache und Transparenz im Privatisierungsprozess zu erwirken. Betriebsrat und IG Metall formulierten öffentlich ihre Interessen, versuchten Landespolitik und Treuhand zu beeinflussen und politisierten den Verkauf des Werkes damit deutlich.

Den Höhepunkt des sich formierenden Belegschaftsprotests bildete die fast zweiwöchige Besetzung des Betriebs, die von weiteren Verhandlungen unter der erstrittenen Beteiligung der Belegschaftsvertretung begleitet wurde. Dabei gelang es IG Metall und Betriebsrat, die Treuhandentscheidung zugunsten der Belegschaftsinteressen zu modifizieren. Sie bewiesen damit, dass das Handeln der Treuhand – wenn auch nur in einem gewissen Rahmen – beeinflussbar und die Belegschaft nicht nur passives Objekt übergeordneter Entscheidungen war, sondern im Sinne ihrer Interessen handelnd eingriff. Die Mobilisierungsfähigkeit gewerkschaftlicher Organisation auf Betriebsebene und ein starker Betriebsrat hatten sich dabei als wertvolle Ressourcen erwiesen.

Ab Frühjahr 1992 spaltete sich das ehemalige Stahlwerk in das Kerngeschäft Stahl und eine von der Treuhandanstalt geführte Restgesellschaft, die die nicht zu Riva übernommene Belegschaft bis Ende 1992 beschäftigte und dann den Liquidationsprozess einleitete. Der Übergang gestaltete sich anfangs konfliktreich, wobei es IG Metall und Betriebsrat gelang, wesentliche Mitbestimmungsrechte und eine tarifliche Regelung durch einen Anerkennungstarifvertrag zu sichern.

Aufgrund dieser Vorgeschichte und der guten gewerkschaftliche Organisation vor Ort genossen die Hennigsdorfer:innen einen Vertrauensvorsprung bei der IG Metall, für die es durchaus nicht unerheblich war, welcher Betrieb den Auftakt zu einem sich sukzessive ausbreitenden und im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Streik macht. Im Hennigsdorfer Stahlwerk hatten sich über 90 Prozent der Beschäftigten für den Streik ausgesprochen (Der Gewerkschafter 1993).

Für Hans-Jürgen Spitzer, damals Mitglied im Betriebsrat, resultierte die hohe Zustimmung auch aus der vorangegangenen Betriebsbesetzung, die die Belegschaft »enorm zusammengeschweißt« habe.¹ Erfahrung mit einem geregelten Streik hatte sie allerdings noch nicht, doch die Chancen standen gut, dass der erste Streik aufgrund der breiten Unterstützung in der Belegschaft hier erfolgreich sein würde.

Die Bedingungen für einen Arbeitskampf waren zu dieser Zeit schwierig und es war nicht absehbar, ob die Gewerkschaften sich auf die für den Erfolg notwendige Streikbereitschaft verlassen konnten. Die Betroffenen standen selbst unter einem hohen wirtschaftlichen Druck, waren jedoch über die Kündigung des Tarifvertrags besonders empört, weil diese einmal mehr das Gefühl von ostdeutscher Benachteiligung zu bestätigen schien (Wentzel 2018, S. 172).

3. Innerbetriebliche Konfliktlinien und Streikkultur

Schon am 1. April 1993 waren die Hennigsdorfer Stahlwerker:innen in den ersten Warnstreik getreten, dem noch zwei weitere folgten (taz 1993), denn mit der Kündigung des Tarifvertrags verweigerte auch Riva die anstehende Erhöhung der Löhne und Gehälter. Zunächst versuchten IG Metall und Betriebsrat, sich mit Riva zu einigen. Die Belegschaftsvertretung

1 | Gespräch des Autors mit Hans-Jürgen Spitzer am 17. Mai 2022.

argumentierte in den Verhandlungen, dass das Unternehmen schwarze Zahlen schreibe, worauf Riva erwiderte, dass das Unternehmen gegenüber der Konkurrenz nicht schlechter gestellt sein wolle (taz 1993). Im Betriebsratsinfo wird die Lage so dargestellt:

„Die IG Metall hat unter aktiver Mitwirkung der Betriebsräte am 06. und 07. April innerhalb 36 Stunden in 18 Verhandlungsstunden versucht, für H.E.S. und B.E.S.² einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden, die durch den rechtsbrecherischen Akt des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl entstanden ist. [...] In unverantwortlicher Weise verweigerte der Arbeitgeber jedoch, den Stufentarifvertrag als weiter geltend zu bestätigen, und machte das gesamte Verhandlungsergebnis zunichte.“³

Angesichts des bevorstehenden Streiks verlegte die IG Metall ihre Mai-kundgebung von Oranienburg nach Hennigsdorf vor das Haupttor des Stahlwerks. Philipp Becker, der erste Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Oranienburg, hob hervor, dass dies nun der erste Streik auf ostdeutschem Boden seit 60 Jahren sei, und forderte Solidarität mit den Streikenden (Märkische Allgemeine Zeitung 1993c).

Am 3. Mai 1993 um null Uhr begann bei Riva der Streik; an den sieben Eingängen des Betriebs verteilten sich die Streikposten (Märkische Allgemeine Zeitung 1993b). Die Streikenden gingen mit Erwartungen in ihren ersten Streik, die die Erfahrungen des italienischen Managements mit dieser Form der Auseinandersetzung nicht mit einrechneten. Betriebsratsmitglied Hans-Jürgen Spitzer erinnert sich:

»Riva ist Streiks gewöhnt in Italien, ist nichts Neues. Das sitzen sie aus, gucken sie zu. Das wussten wir damals noch nicht. Wir dachten ja, wir könnten die mit irgendwelchen Aktionen ins Schwitzen bringen.«⁴

So ging Riva weder während der Warnstreiks noch zu Beginn des eigentlichen Streiks auf die Forderungen der Streikenden ein (Märkische Allgemeine Zeitung 1993a); vielmehr suchte das Unternehmen nach Möglichkeiten, gegen den Streik vorzugehen und beschritt den Klageweg.

2 | H.E.S. – Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH; B.E.S. – Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH.

3 | Betriebsratsinfo 6/93, Bl. 268. In: Hennigsdorfer Stadtarchiv, KS 205.

4 | Gespräch des Autors mit Hans-Jürgen Spitzer am 17. Mai 2022.

Am 3. Mai 1993 erließ das Arbeitsgericht Neuruppin das Urteil im Rechtsstreit auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. Damit war es der IG Metall untersagt, während des Arbeitskampfes die Zu- und Abfahrtswege des Werkes zu blockieren und das Verlassen und Betreten des Werkes »durch physische und psychische Gewalt zu behindern«.⁵ Die Streikenden setzten sich jedoch darüber hinweg und ließen keine Fahrzeuge mit Stahl vom Gelände (IG Metall 2000, S. 32).

Über mangelnden Rückhalt aus dem direkten Umfeld konnten sich die Streikenden während des Streiks nicht beklagen. Schon in den Auseinandersetzungen zuvor hatten sich zahlreiche solidarische Verbindungen ergeben. So hatten sich bei der vorangegangenen Betriebsbesetzung Vertreter:innen aus der Landes- und Kommunalpolitik, in der die SPD die Regierungsverantwortung hatte, hinter die Positionen von IG Metall und Betriebsrat gestellt und sich an den Protesten beteiligt.

Diese Solidarisierungspraxis vor Ort war Ausdruck einer lokalen politischen Kultur, die sich ab 1990 herausgebildet hatte und in der Betriebsräte, IG Metall und Kommunalpolitik in Hennigsdorf bei strukturpolitischen Fragen zusammenwirkten, etwa wenn es um die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften oder um Entwicklungsperspektiven für brachliegende Industrieflächen in der Kommune ging. Auch diesmal zeigten Landrat Karl-Heinz Schröter, der Hennigsdorfer Bürgermeister Andreas Schulz und Steffen Reiche von den Sozialdemokraten ihre Solidarität. Das Sozialamt bot angesichts des Streiks Extra-Sprechstunden für die Streikenden an, um sie zu möglichen finanziellen Einschränkungen zu beraten (Oranienburger Generalanzeiger 1993).

Ein solidarischer Impetus fand sich auch in der akademischen Sphäre. Bei einer von Stipendiat:innen und Vertrauensdozent:innen der Hans-Böckler-Stiftung organisierten Veranstaltung hielt nicht nur der Politikwissenschaftler Elmar Altvater seinen Vortrag »Ein Streik für die soziale Einheit«, im Anschluss daran berichteten auch Streikende des Riva-Stahlwerks in Hennigsdorf von ihren Erfahrungen.⁶

5 | Urteil Arbeitsgericht Neuruppin vom 3. Mai 1993. In: IG Metall Oranienburg, Hennigsdorfer Stahl GmbH, Ordner 1.

6 | Veranstaltungsankündigung für »Das ist ein politischer Streik!« am 14. Mai 1993 an der TU Berlin. In: Robert-Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Op-
position, MJ_41_57.

Zahlreiche Solidaritätsgrüße und Besuche, etwa aus Berliner Betrieben oder der Klöckner-Hütte Bremen, unterstützten die streikende Belegschaft.⁷ In vielen Städten in Ost- und Westdeutschland gingen am 12. Mai 1993 insgesamt 300.000 Menschen auf die Straße und unterstützten die Forderungen der IG Metall. In Duisburg beteiligten sich rund 7.000 Stahlarbeiter:innen an der Protestkundgebung, darunter viele vom Stahlwerk Rheinhhausen, das von Schließung bedroht war.⁸

Auch wenn die Enttäuschung, Wut und Empörung der ostdeutschen Beschäftigten wichtige Ausgangspunkte für die Streikmobilisierung waren, entspricht die Vorstellung, dass die Streikenden tagelang mit grimmen oder sorgenvollen Gesichtern an ihren Posten standen, keineswegs der Realität. In Hennigsdorf wurde die Arbeitsniederlegung regelrecht zelebriert und für Entertainment und gute Stimmung gesorgt. Günter Jeske, IG-Metall-Streikhelfer für Kommunikation und Kultur kündigte an, einen »Erlebnisstreik« auf die Beine stellen zu wollen (Berliner Zeitung 1993c). Dies bedeutete ein umfangreiches Begleitprogramm mit Kinderfesten, Fußballturnieren, Kabarett und Konzerten, bei denen auch die schon zu Zeiten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) beliebte Rockgruppe Puhdys spielte.⁹

Die Arbeitsniederlegungen wiesen auch betriebsspezifische Ausprägungen auf, denn wie schon in den Auseinandersetzungen in den Jahren zuvor nutzte die Gewerkschaft die betriebliche Arbeitskampfgeschichte als Mobilisierungsressource und identitätsstiftendes Merkmal für die Gegenwart. So begann der Streik mit einer historisch aufgeladenen Aktion: Einer der Streikenden befestigte in einer nächtlichen Aktion die Fahne der IG Metall auf einem Schornstein des Betriebs und bezog sich damit auf ein Ereignis beim 100-Tage-Streik 1929, bei dem dort die rote Fahne gehisst wurde (Faulenbach/Leo/Weberskirch 2000, S. 367). Diese Referenz sollte den ausgesprochenen Durchhaltewillen wie auch die Stärke der Gewerkschaft symbolisieren.

Vertrauenskörperleiter und Streikleiter Hans Schwarz wiederum knüpfte in einer Rede an den 17. Juni 1953 an und brachte einen möglichen Marsch am 17. Juni 1993 nach Ostberlin ins Spiel (Der Gewerkschafter 1993).

7 | Streikposten, Nr. 1–19, 1993. In: Privataarchiv Jakob Warnecke.

8 | Tagesschau vom 12.5.1993.

9 | Streikposten, Nr. 1–19, 1993. In: Privataarchiv Jakob Warnecke.

40 Jahre zuvor waren große Teile der Hennigsdorfer Stahlbelegschaft nach Berlin marschiert, um die Streikenden in der Stalinallee zu unterstützen und ihren Unmut über das SED-Regime kundzutun (Schulze 2014). Für Schwarz war die Kündigung des Tarifvertrags der Tropfen, der das Fass angesichts der Enttäuschungen, die die Menschen in Ostdeutschland erlebt hatten, zum Überlaufen brachte (Der Gewerkschafter 1993).

Dabei war Enttäuschung das entscheidende Stichwort: Mit der Kündigung des Tarifvertrags wich die Perspektive auf angemessene Bezahlung und eine Erhöhung des Lebensstandards einer erneuten Unsicherheit und bestätigte sich das in Ostdeutschland weitverbreitete Gefühl, »Bürger zweiter Klasse« zu sein (Bundeszentrale für politische Bildung o.J.). Die gleiche Arbeitsleistung wie die Kolleg:innen im Westen für deutlich weniger Lohn – dies bedeutete ein Anerkennungsdefizit, mit dem auch die Hennigsdorfer Stahlbelegschaft schon eine ganze Weile leben musste.

Die bereits verhandelte und sicher geglaubte Beseitigung dieses Ungleichgewichts und die Verbesserung der Lebensbedingungen war mit der Vertragskündigung wieder in die Ferne gerückt. Selbstredend ging es auch um materielle Fragen: In verschiedenen Presseberichten wurde vorgerechnet, wie wenig ostdeutsche Beschäftigte in der Stahlindustrie verdienten. Zudem waren die Lebenshaltungskosten und die Mieten deutlich gestiegen, seit die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in Kraft getreten war, und manche Beschäftigten waren in der Familie alleinverdienend.

So hermetisch geschlossen wie erhofft war die Streikfront in Hennigsdorf jedoch nicht, denn trotz der in der Urabstimmung dokumentierten hohen Streikbereitschaft zogen letztlich nicht alle Beschäftigten mit (Märkische Allgemeine Zeitung 1993b). Betriebsratsmitglied Ekkehard Hinke resümiert die Gründe:

»Was uns allerdings in vielen Fällen in Gesprächen mit gewerblichen AN [Arbeitnehmer:innen] gelungen ist – sie für eine Teilnahme an den Kampfmaßnahmen zu gewinnen –, gelang leider auch einigen Leitern bei den Angestellten in entgegengesetzter Richtung. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes war bei den Angestellten oft größer als der Mut, sich offen zur Situation zu bekennen. Der von der GF [Geschäftsführung] ausgeübte Druck auf die AT [außertariflich bezahlten]-Angestellten, sich nicht am Streik zu beteiligen, und die Veröffentlichung, daß AT-bezahlte Kollegen nicht streiken dürfen, machten eine Einflußnahme auf die restlichen Kollegen der Angestellten schwer, wenn nicht sogar unmöglich.« (IG Metall 2000, S. 32)

Auf die Streikbrecher:innen im Betrieb reagierten die Streikenden während der Arbeitsniederlegung unter anderem mit »Arschkriecher-Bildern«, die sie den betreffenden Kolleg:innen an die Bürotüren klebten, um ihre Zuschreibung unmissverständlich zu visualisieren. Dabei handelte es sich um Zeichnungen, auf denen sich eine kleine, den Streikbrechenden symbolisierende Figur in das Gesäß eines größeren, den Arbeitgeber verkörpernden adipösen Mannes bewegt.¹⁰

Außerdem spannten die Streikenden ein Transparent mit der wenig schmeichelhaften, aber dem abgesteckten Deutungsrahmen verpflichteten Aufschrift »Streikbrecher sind Arschlöcher« über das Haupttor des Betriebs. Diejenigen, die trotz Streik ihre Arbeitsplätze aufsuchten, mussten darunter hindurchgehen, wenn sie sich nicht heimlich durch Gebüsch schlugen und über Zäune kletterten, um ins Werkinnere zu gelangen.¹¹ Der *Streikposten*, eine zum Streik herausgegebene Flugschrift, dokumentierte jeden Versuch, den Arbeitskampf zu unterlaufen:

»Den Buckel krumm machen, ist der schnellste Weg zum Erfolg ...? Das glauben etwa 20 vorwiegend Kolleginnen der Verwaltung. Sie nutzten die Gelegenheit während der Streikkundgebung, um in den Betrieb zu gelangen.«¹²

Als Gegenmaßnahme riefen die Streikenden dazu auf, neben dem Haupttor auch sämtliche Lücken zu schließen, die einen Zugang zum Betrieb ermöglichten. Die »Streikbrecher« waren ein großes Thema, konnten sie doch den ganzen Streik gefährden.¹³

4. Von der Einigung in der Metall- und Elektroindustrie zur Lösung für die Eisen- und Stahlindustrie

In Sachsen nahm der Arbeitgeberverband Gesamtmetall Sachsen die Kündigung des Tarifvertrags schon am ersten Tag des dortigen Streiks zurück und sagte einen neuen Plan zur stufenweisen Lohnangleichung zu (Jensen

10 | Gespräch des Autors mit Hans-Jürgen Spitzer am 17. Mai 2022.

11 | Gesprächsnotizen des Autors zum Telefonat mit Peter Friedrich am 21. April 2023.

12 | Streikposten, Nr. 1–19, 1993. In: Privataarchiv Jakob Warnecke.

13 | Ebenda.

2010, S. 67–70). Die Einigung scheiterte jedoch letztlich daran, dass der Arbeitgeberverband neun Prozent Steigerung als Maximum festlegte und einen Stufenplan ausschloss (IG Metall 2000, S. 130).

Strittig war in diesen Verhandlungen die Frage der Öffnungsklauseln, die die IG Metall vehement ablehnte. Der Bezirksleiter des IG-Metall-Bereichs Sachsen, Hasso Düvel, begründete die Ablehnung damit, dass diese Klauseln Tarifverhandlungen in den Betrieb verlagern würden. So könnten Betriebsräte unter Druck geraten und »Billigtarifverträge« aushandeln, die unter dem Niveau des Flächentarifvertrags lägen, womit dessen Schutzfunktion wegfallen würde.¹⁴

Die öffentliche Meinung zum Streikgeschehen war gespalten. Der Bestand der Tarifautonomie war das Kernargument der IG Metall, deren Zweiter Vorsitzender Klaus Zwickel von einem »Generalangriff« sprach und den Arbeitgebern vorwarf, sie wollten »das Prinzip Tarifverträge zerstören« (Frankfurter Rundschau 1993). Einige Presseartikel stützten Narrative, die vor allem die Position der Arbeitgeber bedienten, indem sie argumentierten, dass die IG Metall durch ihr Verhalten Arbeitsplätze vernichte.

Derlei Zuspitzungen kamen auch aus den Sphären der Bundespolitik. Der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff entwarf besonders morbide Szenarien und wertete den Streik als einen »Massenselbstmord«, weil sich dadurch Investoren zurückziehen und Arbeitsplätze vernichtet würden (Tagesspiegel 1993).

Auch die Treuhandchefin Birgit Breuel sah sich veranlasst, vor den Folgen des Streiks zu warnen, der Aufträge für die Betriebe gefährden könne. Die Treuhandanstalt hatte die unter ihrer Verwaltung stehenden Firmen beauftragt, neun Prozent statt der vereinbarten 16 Prozent Erhöhung zu zahlen (Berliner Morgenpost 1993). Am 11. Mai 1993 demonstrierten daher etwa 2.000 Metallarbeiter:innen vor der Treuhandzentrale nicht nur gegen die Kündigung des Tarifvertrags, sondern auch gegen die »einseitige Parteinahme des Treuhandvorstandes für die Arbeitgeber«.¹⁵

Das Scheitern der Gespräche beantwortete die IG Metall mit einer Ausweitung des Streiks – insgesamt waren in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern schon mehr 37.000 Menschen aus 70 Betrieben

14 | Tagesschau vom 5.5.1993.

15 | Tagesschau vom 11.5.1993.

im Streik.¹⁶ Auch die Sondierungsgespräche zwischen den Tarifpartnern in Mecklenburg-Vorpommern wurden ergebnislos abgebrochen.¹⁷

Nachdem auch die Metallarbeiter:innen in Sachsen-Anhalt und Thüringen bei ihren Urabstimmungen mit deutlicher Mehrheit für einen Streik votiert hatten, beschloss der Vorstand der IG Metall die Ausweitung des Streiks auf alle neuen Bundesländer.¹⁸ Die Streikbereitschaft in Ostdeutschland war hoch, zudem konnte die IG Metall auf eine gut gefüllte Streikkasse von etwa drei Milliarden Mark zurückgreifen, womit der angekündigte lange Atem im Arbeitskampf auf einer finanziell soliden Basis stand (Neue Zeit 1993).

Am 13. Mai 1993 begannen erneute Gespräche für das sächsische Tarifgebiet in Dresden, die von moderierenden Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen, Kurt Biedenkopf, begleitet waren.¹⁹ Am 14. Mai kam es in Sachsen zum Pilotabschluss, der in der Folge auch auf die anderen ostdeutschen Tarifgebiete der Metall- und Elektroindustrie ausgeweitet wurde. Die Arbeitgeber unterschrieben die stufenweise Angleichung erneut, wobei das ursprüngliche Ziel auf das Jahr 1996 verschoben wurde.

Ein entscheidendes Ergebnis dieser Verhandlungen war die Einführung einer »Härteklausel«, die statt der von den Arbeitgebern geforderten Öffnungsklausel Eingang in den neuen Tarifvertrag fand. Die Härteklausel sollte wirtschaftlich besonders schwachen Betriebe erlauben, unter Tarif zu zahlen, um einen drohenden Konkurs zu vermeiden. Im Falle einer Tarifabsenkung sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer:innen die Lage begutachten und nach Kompromissen suchen. Bei einer Unterschreitung des Tarifvertrags durfte niemand entlassen werden und es musste ein Termin festgelegt werden, ab dem der Flächentarif für das betroffene Unternehmen wieder gelten sollte (Jensen 2010, S. 72).

Damit war aber noch kein Verhandlungsergebnis für die Eisen- und Stahlindustrie gefunden, die einen eigenen Tarifbereich bildete. Mit dem sächsischen Pilotabschluss, den sie wegen seines aus ihrer Sicht unzureichenden Ergebnisses als »Schweinekompromiß von Dresden« bezeichneten, wollten sich die Streikenden der ostdeutschen Stahlindustrie nicht

16 | Tagesschau vom 6.5.1993.

17 | Tagesschau vom 7.5.1993.

18 | Tagesschau vom 12.5.1993.

19 | Tagesschau vom 13.5.1993.

abfinden. Am 16. Mai 1993 nahmen die Stahlarbeitgeber des Tarifgebiets Stahl Ost die Verhandlungen mit der IG Metall wieder auf (IG Metall 2000, S. 33).

Die Gespräche wurden jedoch ergebnislos abgebrochen, weil man sich nicht einig wurde, inwieweit die Ergebnisse des sächsischen Abschlusses übernommen werden sollten – somit ging der Streik in der Stahlindustrie weiter. Für die IG Metall war die Einigung in Sachsen keine Orientierung für das Tarifgebiet Stahl Ost, unter anderem weil die Löhne und Gehälter dort niedriger waren als in der Metall- und Elektroindustrie. Verhandlungsgegenstand waren die Eingangsstufe und das Datum der letzten Erhöhung bis zur Angleichung; die IG Metall forderte 80 Prozent der Westlöhne ab sofort.²⁰

Der Streik der Stahlarbeiter:innen bekam allerdings einen Dämpfer aus der eigenen Organisation. Am 17. Mai 1993 geriet der Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, in den Verdacht, seinen Posten als Aufsichtsratsmitglied bei Daimler-Benz für Insidergeschäfte ausgenutzt zu haben (Berliner Zeitung 1993a). Er bestritt zwar den Missbrauch, bestätigte aber einen erheblichen Gewinn mit millionenschweren Aktiengeschäften, wodurch das Image des Gewerkschaftschefs einen erheblichen Schaden bekam. In Hennigsdorf forderten einige Streikende auf Nachfrage der Presse den Rücktritt Steinkühlers und zogen aus dieser Affäre unter anderem den Schluss, dass die Basis mehr zu sagen haben müsse und die Spitze der IG Metall basisfern sei (Rote Fahne 1993).

Die Affäre Steinkühler dürfte die ohnehin immer wieder zu beobachtende Distanz zwischen der Basis im Osten und dem Vorstand in Frankfurt noch erweitert haben. So stand in diesem Konflikt die Rollenverteilung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern infrage. Einige Streikende spekulierten sogar darüber, ob Gewerkschaftsbosse und Arbeitgeber vielleicht unter einer Decke stecken könnten. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe trug auch ein Teil der Streikenden die roten IG-Metall-Westen nicht mehr – ob dies ein stiller Protest gegen die aktuellen Vorgänge in der Gewerkschaftsorganisation war, lässt sich aber nicht mit Sicherheit belegen (Berliner Zeitung 1993b).

Am 22. und 23. Mai 1993 konnte schließlich ein Verhandlungsergebnis erreicht werden, das die Rücknahme der Kündigung des Tarifvertrags,

20 | Tagesschau vom 16.5.1993.

eine Einmalzahlung und die Vereinbarung umfasste, dass von Juni 1993 bis Ende September 1994 80 Prozent des nordrhein-westfälischen Lohnniveaus gezahlt würden; bis zum 1. April 1996 sollte der Lohn dann auf 100 Prozent angeglichen werden.

Am 24. Mai 1993 begann im Betrieb die Urabstimmung zu diesem Abschluss.²¹ Der *Streikposten* vom Folgetag druckte Stellungnahmen von Streikenden ab, die sich skeptisch bis ablehnend gegenüber dem Kompromiss zeigten.²² Das Verhandlungsergebnis wurde jedoch von den Belegschaften insgesamt mit hoher Zustimmung gebilligt, sodass der Streik am 26. Mai 1993 endete (IG Metall 1993, S. 28).

Der verlängerte Streik in der Stahlindustrie führte dazu, dass die Angleichung für die dortigen Beschäftigten ein halbes Jahr früher als in der Metall- und Elektrobranche erreicht wurde. Die IG Metall im Betrieb hob die besondere Rolle der Stahlwerke Hennigsdorf und Brandenburg in diesem Arbeitskampf hervor:

»Wir konnten durch unseren Zusammenhalt und unsere Kampfkraft den schwachen Pilotabschluß noch erheblich verbessern. Ohne H.E.S. und B.E.S. in der Arbeitskampffront wäre mit Sicherheit ein Ergebnis weit unter dem Dresden-Abschluß herausgekommen.«²³

5. Folgen des Streiks

Der Betriebsrat zog nach dem Streik 1993 eine Bilanz über »Erfolg oder Niederlage« und kam zu einem zwiespältigen Urteil. Die nach hinten verschobene Angleichung der Löhne und Gehälter bewertete er als negativ; als Erfolg dagegen sah er den Zusammenhalt der Kolleg:innen, die Erfahrungen des Streiks mitsamt dem entsprechenden Zusammengehörigkeitsgefühl und auch, dass es keine Austritte aus der IG Metall gegeben hatte (IG Metall 1993, S. 33). Auch den Einschätzungen des Vertrauenskörperleiters Hans Schwarz zufolge hat der Streik die gewerkschaftliche Position im Betrieb gefestigt (IG Metall 2015, S. 14).

21 | Streikposten, Nr. 17, 1993. In: Privatarchiv Jakob Warnecke.

22 | Streikposten, Nr. 18, 1993. In: Privatarchiv Jakob Warnecke.

23 | IG Metall: Aktuelle Tarilmeldungen, 23.5.1993. In: Stadtarchiv Hennigsdorf, KS 409.

Allerdings votierten schon auf den Streikversammlungen manche Streikende für den Ausschluss der Streikbrechenden aus der Gewerkschaft.²⁴ Die Satzung der IG Metall legt unter § 12 fest, dass Mitglieder, die Streikbruch begehen und damit der IG Metall schaden, ohne Untersuchungsverfahren ausgeschlossen werden können (IG Metall 1990, S. 18 und 24). In der Tat schloss die IG Metall Oranienburg einige Kolleg:innen, die sich nicht am Streik beteiligt hatten, aus der Gewerkschaft aus.²⁵ Rückblickend werten Beteiligte diese Sanktion durchaus kritisch, da man insbesondere die Angestellten, die im Arbeitskampf diffamiert worden waren, auch Jahre später nicht mehr für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft gewinnen konnte.²⁶

Mit Blick über Hennigsdorf hinaus lässt sich die Revidierung des Tarifvertrags als durchaus wegweisendes Ereignis beurteilen: Das Gesamttempo der Angleichung von Löhnen und Gehältern verlangsamte sich und es kamen neue Tarifinstrumente zum Einsatz, die die Tarifstandards flexibilisierten und damit Abweichungen – in der Regel nach unten – zuließen. Der Abschluss der »Härteklausele« machte den Weg für die Verbetrieblichung des bundesdeutschen Tarifsystems frei, die sich zehn Jahre später mit dem Pforzheimer Abkommen auch in Westdeutschland ausbreitete (Artus 2018, S. 162).

Die erfolgreich transferierten Mechanismen Tarifautonomie, Arbeitsrecht und Betriebsverfassung wurden in Ostdeutschland in einer Weise angeeignet, wie es für die Bundesrepublik eher untypisch war. Der Betrieb als Aushandlungsort rückte ganz im Sinne der Idee der Flexibilisierung in den Vordergrund, womit auch an die Praktiken und Konstellationen aus dem Betriebsalltag der DDR angeknüpft wurde (Brunner 2022, S. 84).

Dieser Trend zeichnete sich beim Riva-Konzern, zu dem die Stahlwerke in Hennigsdorf und Brandenburg gehören, über einen Umweg ab: Bei der Übernahme wurde die Anbindung an den Flächentarifvertrag durch einen Anerkennungstarifvertrag geregelt, der noch bis 1993 galt; die Anbindung an die Fläche war somit vorhanden. Später trat Riva dem Arbeitgeberverband bei, trat aber im Zuge des Kampfes um die 35-Stunden-Woche wieder aus und regelt die Tarifbindung seitdem über Anerkennungstarifverträge.

24 | Gesprächsnotizen des Autors zum Telefonat mit Peter Friedrich am 21. April 2023.

25 | Ebenda.

26 | Gespräch des Autors mit Hans-Jürgen Spitzer am 17. Mai 2022.

Der Betrieb Hennigsdorf hat heute mit 50 bis 60 Prozent einen relativ hohen Organisationsgrad und verfügt weiterhin über einen Vertrauensleutkörper.²⁷

Literatur und Quellen

Archive

Hennigsdorfer Stadtarchiv

KS 205.

KS 409.

IG Metall Oranienburg

Hennigsdorfer Stahl GmbH, Ordner 1.

Privatarchiv Jakob Warnecke

Streikposten, Nr. 1–19, 1993.

Robert-Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition

Persönlicher Archivbestand Martin Jander (MJ_41_57).

Interviews

Gespräch des Autors mit Hans-Jürgen Spitzer am 17. Mai 2022.

Gesprächsnotizen des Autors zum Telefonat mit Peter Friedrich am 21. April 2023.

Literatur

Alle im Folgenden genannten Webseiten wurden zuletzt am 14.1.2025 abgerufen.

Artus, Ingrid (2018): Tarifpolitik in der Transformation. Oder: Das Problem »stellvertretender Tarifautonomie«. In: Brunner, Detlev/Kuhnhenne, Michaela/Simon, Hartmut (Hrsg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld: transcript, S. 151–168.

27 | Ebenda.

- Berliner Morgenpost (1993): Treuhand-Chefin: Streik kann Aufträge gefährden. In: Berliner Morgenpost vom 10.5.1993.
- Berliner Zeitung (1993a): Aktienkauf nach Einladung. In: Berliner Zeitung vom 22.5.1993.
- Berliner Zeitung (1993b): Am Werktor reden sie von der »Frankfurter Mafia«. In: Berliner Zeitung vom 19.5.1993.
- Berliner Zeitung (1993c): Mallorca in Hennigsdorf. Die Gewerkschaft zahlt. In: Berliner Zeitung vom 13.5.1993.
- Brunner, Detlev (2022): Einheit und Transformation. Deutschland in den 1990er Jahren, Stuttgart: Kohlhammer.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): »Bürger zweiter Klasse«. In: Glossar der Transformation. www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/501149/buerger-zweiter-klasse/.
- Der Gewerkschafter (1993): »Unser Betrieb steht«. In: Der Gewerkschafter. Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, H. 5.
- Faulenbach, Bernd/Leo, Annette/Weberskirch, Klaus (2000): Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland, Essen: Klartext.
- Frankfurter Rundschau (1993): IG Metall weitet Streiks aus. In: Frankfurter Rundschau vom 6.5.1993.
- Hinke, Robert (2020): Tarif, Lohn- und Leistungs politik in Ostdeutschland. Eine historisch-soziologische Untersuchung am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie (1945–2004), Hamburg: VSA.
- IG Metall, Vorstand (1990): Satzung der IG Metall, Frankfurt am Main.
- IG Metall (Hrsg.) (1993): Aufrechter Gang in schwierigen Zeiten. Der Kampf um den Stufenplan im Osten und die Verteidigung der Tarifautonomie in Deutschland 1993, Frankfurt am Main: Union-Druckerei und Verlagsanstalt.
- IG Metall, Bezirk Berlin-Brandenburg (2000): Der Streik '93. Die Tarifbewegung in der ostdeutschen Stahlindustrie, Berlin.
- IG Metall (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit. Meilensteine – Schlaglichter – Zeitzeugen, Frankfurt am Main.
- IG Metall (2023): »Gemeinsam kämpfen verbindet«: Erinnerungen an den historischen Streik vor 30 Jahren. www.igmetall-bbs.de/aktuelles/meldung/gemeinsam-kaempfen-verbindet-vor-30-jahren-wehrten-metallerinnen-in-einem-historischen-arbeitskampf-den-tarifbruch-ab.

- Jensen, Annette (Hrsg.) (2010): *Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit*, Berlin: Rotbuch.
- Märkische Allgemeine Zeitung (1993a): Keine Angst vor einem langen Arbeitskampf. In: Märkische Allgemeine Zeitung vom 5.5.1993.
- Märkische Allgemeine Zeitung (1993b): Punkt Mitternacht begann der Streik. In: Märkische Allgemeine Zeitung vom 4.5.1993.
- Märkische Allgemeine Zeitung (1993c): Tarifvertrag mit allen Mitteln verteidigen. In: Märkische Allgemeine Zeitung vom 3.5.1993.
- Neue Zeit (1993): Kasse ist milliardenschwer. In: Neue Zeit vom 6.5.1993.
- Oranienburger Generalanzeiger (1993): Hennigsdorf unterstützt streikende Stahlarbeiter. In: Oranienburger Generalanzeiger vom 20.5.1993.
- Rote Fahne (1993): Die Unternehmer verstehen nur eine harte Sprache. In: Rote Fahne, Nr. 20/93.
- Schulze, Sven (2014): 17. Juni 1953. »Die Hennigsdorfer kommen!«. Hrsg. von der Stadt Hennigsdorf.
- Tagesspiegel (1993): IG Metall weitet Streiks im Osten aus. In: Tagesspiegel vom 6.5.1993
- taz (1993): Ich würde lieber arbeiten gehen. In: taz, die tageszeitung vom 16.4.1993.
- Warnecke, Jakob (2024): Wandel gewerkschaftlicher Praxis im ostdeutschen Betrieb. Ostdeutsche Transformationsprozesse in den Jahren 1989–1994 am Beispiel des Stahlwerks Hennigsdorf, Study 489, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008836
- Wentzel, Lothar (2018): Der Streik der IG Metall zur Verteidigung des Stufentarifvertrages in den neuen Bundesländern im Jahre 1993. In: Brunner, Detlev/Kuhnhenne, Michaela/Simon, Hartmut (Hrsg.): *Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation*, Bielefeld: transcript, S. 169–180.